

# Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Erscheinen:  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonnabend  
mit Ausschluß der Feiertage.

Abonnement:  
vierteljährlich 10 Ngr.

## Amtsblatt

des Königlichen Gerichtsamts und Stadtraths zu Großenhain.

Redaction, Druck und Verlag von Hermann Starke in Großenhain.

N<sup>o</sup>. 140.

Dienstag, den 2. December

1873.

### Bekanntmachung.

Nach einer von der Königlichen Staatsanwaltschaft Pirna anher gelangten Mittheilung ist seitens derselben die Einleitung des Criminalverfahrens gegen die sämtlichen Directoren und verschiedene Unterbeamte der Pirnaer Bank zu Pirna, bez. deren hier, in Sebnitz und Meissen errichteten Filialen, zu deren Vermögen der Concursproceß eröffnet worden ist, beschlossen worden. Da nun die Inhaber von Banfactien voraussichtlich ganz leer ausgehen, die Einzahler von Spareinlagen aber nur einen geringen Procentsatz erhalten werden, und der Verdacht begründet erscheint, daß obwohl die Bank niemals ausreichende Geldmittel besessen hat, das Publikum dennoch fort und fort und bis zur Zwangsschließung der Bank und deren Filialen von den einzelnen Beamten zur Einlegung von Spargeldern und zum Ankauf von Actien durch falsche Vorspiegelungen über die Prosperität des Unternehmens und die Sicherheit des Einlagecapitals zu immer neuen Einlagen verleitet und auf diese Weise in Verluste gebracht worden ist, so werden diejenigen hiesigen Gerichtsbesohlenen, welche in der bezeichneten Weise von den Bankbeamten getäuscht worden sind, zur Abführung der einzuleitenden

Untersuchung anzuhandeln veranlaßt, ihre in der Sache zu machenden Anzeigen entweder direct schriftlich oder mündlich bei der Königl. Staatsanwaltschaft Pirna, oder bei dem unterzeichneten Gerichtsamte ungesäumt zu bewirken.

Großenhain, am 26. November 1873.

Das Königliche Gerichtsamt.  
Wechmann.

Heinichen, Aßf.

### Bekanntmachung.

Die städtischen Centralanlagen auf das vierte Vierteljahr 1873 sind am 1. December l. J. fällig und bis längstens den 20. December 1873 an Stadthauptcassenerpeditionsstelle zu bezahlen.

Großenhain, am 28. November 1873.

Der Stadtrath.

### Politische Weltschau.

Die Centrumpartei des preussischen Landtags schlägt eine Taktik ein, die in der Geschichte des Ultramontanismus keineswegs ohne Beispiel dasteht; sie nimmt die liberale Maske vor, greift einige Punkte aus dem liberalen Programm heraus und formulirt sie zu Anträgen, um sie der Beschlußfassung der Volksvertretung vorzulegen. Lehnen die Liberalen ein Eingehen auf diese Anträge ab, so wird — das ist so der Gedanke der clericalen Antragsteller — bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den Wählern vordemonstrirt, daß nicht der Liberalismus, sondern der Ultramontanismus der wahre Vertreter des politischen Fortschritts sei. Gehen dagegen die Liberalen auf die Keimruthen, dann ist eine Trübung ihres guten Verhältnisses zur Regierung unvermeidlich, und ein Bruch der Regierung mit der Landtagsmajorität gehört zu den sehnlichsten Wünschen der Ultramontanen. Läßt sich aber dieses Resultat nicht erzielen, so gelingt es doch vielleicht, wenigstens einen Theil von der großen liberalen Partei abzuziehen und in ein Bündniß mit dem Centrum zu verwickeln; damit ist immer etwas gewonnen. Warum sollte der einmal in die liberale Partei gefäete Keim der Zwietracht nicht weiter fortzuwuchern, allmählig die Fortschrittspartei völlig von den National-Liberalen trennen und mit der Zeit die letztere große Partei selbst sprengen?

Alles sehr wohl ausgedacht von den Herren des schwarzen Centrums. Nur den einen Umstand haben sie vergessen in Erwägung zu ziehen, daß nämlich der Liberalismus nicht mehr so naiv ist, wie vor 20 Jahren. Er hat etwas gelernt. Die liberalen Parteien treten nicht mehr mit abstracten Programmen vor ihre Wähler, sondern heben wohlbedachten gewisse Punkte aus dem allgemeinen großen Wunschzettel heraus, für welche sie in der Legislatur einstehen. Man beschränkt sich dabei auf das Nothwendigste, wohl wissend, daß das Nothwendigste die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat. Andere Punkte läßt man fort und würde es einem Parteimitgliede sehr verargen, wenn es während der Session plötzlich Forderungen stellte, die von der Mehrheit der Partei für unzeitgemäß bezeichnet werden. Wenn man aber sich selbst beschränkt, sollte man da die von der Partei gezogene Schranke deshalb niederreißen, weil die Ultramontanen sich erbieten, hilfreiche Hand zu leisten? Die Conservativen haben es erfahren, wohin ein Bündniß mit den Ultramontanen führt; die leeren Plätze der conservativen Partei im Abgeordnetenhaus zeigen, wie die Nation über diejenigen urtheilt, die mit den Feinden des Staates und des Reiches sich verbünden. Diesen Fehler vermeiden die Liberalen und lassen das Centrum in seiner Isolirung, indem sie beschließen, die Anträge Windthors's und Genossen auf Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems u. auf sechs Monate zu vertagen. Damit ist die Luft gereinigt und den ultramontanen Intriguen vorläufig ein Ende gemacht. Mögen die Parteien gegen den gemeinsamen Feind auch fernerhin fest zusammenhalten.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus brachten die Abreßdebatten eine scharfe Rede Herbst's gegen die sogenannte Rechtspartei, die allerdings der Verfassungspartei wieder sehr unbequem wird, besonders in den finanziellen Fragen, die in beiden Reichshälften von einem Theile der liberalen Partei einigermaßen leichtsinnig behandelt werden. Ueber Ungarn ist eine gefährliche Ministerkrise herein gebrochen. Der für die zahlreichen Sünden seiner Vorgänger mit verantwortlich gemachte Finanzminister Kerpölyi, sowie sein Colleague Tisza haben ihre Demission bereits eingereicht. Der Ministerpräsident Sclavay soll ebenfalls gewillt sein, das Portefeuille niederzulegen, und hat den Cultusminister Trefort oder den Grafen Szapary als seine Nachfolger vorgeschlagen. Herr der Lage scheint augenblicklich Baron Sennhey zu sein, dessen heftige Angriffe wohl zumeist zum Falle des Ministeriums beigetragen haben. Er ist ein in den Kreisen der Wiener Hofburg und bei der lieben Geistlichkeit wohlgeleiteter Mann; hinter ihm

sitzen Graf Konhah und Gerové, mit denen er gemeinschaftlich ultra-conservative Politik treibt. Die Organe der Deak-Partei dringen lebhaft in Sclavay, im Amte zu bleiben. Auch Andrassy, der sonst immer den kühnen Philosophen spielt, ist kopfüber nach Pesth geeilt, um zur Beschwörung der Gefahren, welche der ganzen liberalen Richtung in Oesterreich drohen, aufzufordern. Denn ein Cabinet Sennhey würde auch in Galizien starke Rückschläge herbeiführen und Andrassy's Stellung, wie seine auswärtige Politik bedrohen. Noch steht das Gelingen einer leidlichen Ausbesserung der precären Situation zu hoffen; wenn indeß die Liberalen in Oesterreich nicht praktischer und energischer für eine reine Luft in den hohen, höheren und höchsten Regionen Sorge tragen, so wird der große politische Krach, auf den die Ultramontanen ihre Hoffnung setzen, dem finanziellen bald nachfolgen. Aber noch lebt man höchst gemüthlich in den Tag hinein und thut, als gehöre alle Welt den Wiener Liberalen.

Ueber die Finanzlage Italiens erstattete dieser Tage Finanzminister Minghetti der Deputirtenkammer einen eingehenden Bericht. Aus demselben ist herauszuheben, daß die Einnahme- und Ausgabe-Abschlüsse pro 1873 den betreffenden Voranschlägen allerdings vollständig entsprochen haben. Für das Jahr 1874 ist dagegen ein Deficit von 130 Millionen veranschlagt; von diesen werden 118 Millionen durch außerordentliche Ausgaben, namentlich 50 Millionen durch den Bau von Staatseisenbahnen herbeigeführt. Die außerordentlichen Militärausgaben sollen den Betrag von 20 Millionen jährlich nicht überschreiten, die Regierung will die zur Ausrüstung der Armee erforderlichen Arbeiten weder beschleunigen, noch deren Umfang erhöhen, weil dieselbe auf Erhaltung des Friedens vertraut. Die natürliche Erhöhung der Einnahmen gegen den Voranschlag sei eine sehr beträchtliche gewesen, indeß könne die Regierung hierauf allein nicht rechnen, und die Einführung neuer Steuern erscheint ihr nicht opportun. Der Ertrag der gegenwärtigen Steuern könne um 50 Millionen gesteigert werden durch eine entsprechende Reform der bestehenden Steuergesetze, sowie durch eine, wenn auch nur unerhebliche Besteuerung der Börsengeschäfte, durch eine Vergrößerung der Tabakregie auf der Insel Sicilien und durch die Abschaffung der Portofreiheit. Der Minister schlug die Ausgabe von einer Willkür-Papiergeld mit Zwangscours vor. Diefelbe soll durch das Syndicat der mit der Emission betrauten 6 Banken erfolgen, die indeß für ihre Rechnung nur das dreifache ihres Actienkapitals und der Baarreserve mit dreijährigem Zwangscours ausgeben dürften. Die Regierung behalte das Recht, den Betrag des circulirenden Papiergeldes zu Gunsten des Handels auf das Vierfache zu erhöhen; in diesem Falle sollten indeß zwei Dritteltheile des Reingewinnes dem Staate zu Gute kommen. Die Rede des Ministers wurde von der Kammer beifällig aufgenommen.

Die Neubildung des französischen Cabinets ist nun erfolgt. Ausgeschieden aus dem Ministerium sind die Herren Beulé, de la Bouillerie, Vatbie und Ernoul. Wenn somit die Veränderungen äußerlich bedeutender sind, als die vorherigen Nachrichten vermuthen ließen, so trägt dennoch das neue Ministerium vollkommen das politische Gepräge des 24. Mai. Der Herzog von Broglie, der dem Cabinet seinen Namen giebt, hat das Departement des Auswärtigen dem Herzog v. Decazes abgetreten und das hochwichtige Ressort des Innern übernommen. Alle übrigen Minister sind der Rechten entnommen. Bleibt somit auch der monarchische Charakter des Ministeriums gewahrt, so ist die äußerste Rechte doch mit der Zusammenlegung desselben nicht zufrieden, weil nach ihrer Meinung die Orleansisten zu sehr begünstigt wurden. Und wenn, wie verlautet, der Herzog von Numale zum Hilfscommandirenden der Armee ernannt werden sollte, so ließ sich gegen eine solche Behauptung allerdings wenig einwenden. Uebrigens geht aus diesem Schmolten der äußersten Rechten die Thatfache hervor, daß es mit der Fusion der älteren und jüngeren Linie des französischen Königshauses nicht weit her ist.

Die Spanier haben jetzt alle Aussicht, die Streitigkeiten mit Nordamerika wegen der „Virginus-Affaire“ friedlich beigelegt zu sehen. Der Ausschuß des nord-amerikanischen Senats hat die Ansicht ausgesprochen, daß die Auslieferung des „Virginus“ jede Veranlassung zu einer Kriegserklärung beseitigen würde. Darauf hin beistimmte sich auch die spanische Regierung, Nordamerika kund zu thun, daß man in die Zurückgabe des Schiffes willige. Soweit waren die Nachrichten recht friedlich. Jedoch fand am Freitag Abend in Washington ein Ministerrath statt, der die friedliche Lösung zum Mindesten wieder in etwas weitere Ferne rückt. Nach einem Kabeltelegramm soll der Ministerrath die Erklärungen Spaniens für ungenügend erachtet haben. Jedenfalls werden daher die Spanier sich noch zu weiteren Zugeständnissen herbeilassen müssen. Zudem sieht es augenblicklich in Spanien wieder recht trübselig aus. Die Karlisten machen Fortschritte und haben bei Monte Zura einen großen Sieg über die Regierungstruppen errungen. Das Bombardement von Carthagena macht auch keine wesentlichen Fortschritte und die Insurgenten verteidigen sich aus Leibeskräften. Auch das deutsche Geschwader hatte vor einigen Tagen mit diesen Herren zu thun. Dasselbe traf vorigen Mittwoch vor der Festung ein und verlangte unter Androhung des Bombardements die sofortige Zahlung von 25,000 Pesetas, welche Summe die Insurgenten deutschen Staatsangehörigen abgepreßt hatten. Nachdem die Insurgenten vergeblich die Zahlung in der von ihnen geschlagenen Münze angeboten, verstanden sie sich dazu, die Summe in spanischem Golde zu erlegen. Ein gleichzeitig von dem italienischen Geschwader erhobener Entschädigungsanspruch wurde ebenfalls erfüllt.

### Tagesnachrichten.

**Großenhain.** Mit dem 1. December ist der Termin abgelaufen, bis zu welchem die Concurrenzpläne für den hiesigen Rathhausneubau einzureichen waren. Diese Concurrenz scheint sehr lebhaft werden zu wollen, denn in den letzten Tagen des Novembers sollen die eingegangenen Pläne die Zahl 20 schon weit überschritten haben. Später, nach sorgfältiger Aufstellung der vorhandenen Zeichnungen, werden dieselben hoffentlich auf einige Zeit öffentlich ausgestellt werden.

**Sachsen.** Am Sonntag hat in Obergorbitz bei Dresden die Einweihung des neubauten Rettungshauses der Diakonienbildungsanstalt stattgefunden.

Die Frauensperson, die sich am 24. Novbr. vom Dache der Kreuzkirche zu Dresden herabgestürzt hat, ist eine in der Friedrichstadt wohnhafte, 32 Jahre alte lebige Näherin gewesen, welche schon längere Zeit an Schwermuth litt.

**Baden.** Die Juristenfacultät zu Heidelberg hat durch einstimmigen Beschluß Herrn Schulze-Delitzsch in Anerkennung seiner großen Verdienste um die neue Rechtsbildung der wirtschaftlichen Genossenschaften zum Doctor juris honoris causa ernannt.

**Italien.** Bei Gelegenheit der Berathung des Budgets nahm die Deputirtenkammer am 24. Novbr. einstimmig eine auch von der Regierung gebilligte Resolution an, welche sich für die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts ausspricht. Der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, erklärte in derselben Sitzung auf eine bezügliche Anfrage, daß die Regierung zu Spanien in den besten Beziehungen stehe und in Bezug auf die Frage der Anerkennung der gegenwärtigen spanischen Regierung eine derjenigen der übrigen Mächte conforme Haltung beobachten werde.

**Frankreich.** Der Vicepräsident des Ministerraths, Herzog v. Broglie, legte der Nationalversammlung am 28. Novbr. den Gesetzentwurf über die Municipalbehörden vor. Die Wahl von Mitgliedern der Dreifüßigercommission zur Berathung der constitutionellen Gesetzentwürfe wurde am 28. noch nicht beendet.